BESCHLUSSEMPFEHLUNG UND BERICHT

**des Ausschusses für Wissenschaft, Kultur, Bundesangelegenheiten,
Angelegenheiten der Europäischen Union und internationale Angelegenheiten
(8. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/4097 -**

**Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Berufsakademien in Mecklenburg-
Vorpommern (Berufsakademiegesetz Mecklenburg-Vorpommern – BAG M-V)**

A Problem

In Mecklenburg-Vorpommern sind derzeit Bemühungen zur Gründung von Berufsakademien vorhanden, jedoch ist dafür ein Landesgesetz über die Bildung von Berufsakademien vonnöten. Der Wissenschaftsrat verdeutlichte bereits 2004 in seiner vorgelegten „Stellungnahme zur Evaluation der Berufsakademie in Trägerschaft der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein“, dass er Studiengänge, die nach einem dualen System mit den beiden Lernorten Hochschule und Betrieb organisiert sind, als einen Erfolg versprechenden Weg für eine weitere Differenzierung des Hochschulwesens halte. Das Fehlen einer gesetzlichen Regelung in Mecklenburg-Vorpommern bewirkt jedoch, dass der Begriff der Berufsakademie gesetzlich nicht geschützt ist. Daraus resultiert eine Verunsicherung und Zurückhaltung sowohl bei potenziellen Gründern von Berufsakademien im Land als auch bei Interessentinnen und Interessenten an entsprechenden Bildungsangeboten. Es bedarf daher der gesetzlichen Festlegung von wesentlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung und den Betrieb von Berufsakademien in Mecklenburg-Vorpommern. Ein solches Gesetz wurde bereits in den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Berlin, Hessen, Saarland, Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg geschaffen. Berufsakademien haben in den vorgenannten Bundesländern zu einer bedeutenden Ergänzung des bestehenden Bildungsangebotes geführt.

B Lösung

Der Gesetzentwurf regelt sowohl die Ermächtigung der Landesregierung, staatliche Berufsakademien durch Rechtsverordnung zu errichten, als auch die staatliche Anerkennung von Berufsakademien nicht staatlicher Träger. Hierdurch wird Rechtssicherheit geschaffen.

Berufsakademien im Sinne des Gesetzentwurfes sind dem tertiären Bildungsbereich angehörende Einrichtungen, die eine zugleich praxisorientierte und wissenschaftsbezogene Ausbildung (duale Ausbildung) vermitteln. Sie erfüllen ihre Aufgabe im Zusammenwirken mit betrieblichen Ausbildungsstätten.

Die Regelung entspricht denen in anderen Bundesländern. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass eine Vielfalt von dualen Ausbildungsgängen an Berufsakademien angeboten werden kann, und so zu einer wesentlichen Bereicherung der Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern beigetragen werden.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Kultur, Bundesangelegenheiten, Angelegenheiten der Europäischen Union und internationale Angelegenheiten (Wissenschafts- und Europaausschuss) empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/4097 unverändert anzunehmen.

Einvernehmen im Ausschuss**C Alternativen**

Keine.

D Kosten**1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand**

Keine. Die Kosten für die Akkreditierung der Studiengänge werden von den Berufsakademien getragen. Es fallen keine Kosten für die Haushalte des Landes oder der Kommunen an.

2. Vollzugaufwand

Für das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten entsteht ein erhöhter Vollzugaufwand. Durch § 3 (Staatliche Anerkennung), § 5 (Erlöschen, Rücknahme und Widerruf der Anerkennung), § 8 (Prüfungsordnung), § 11 (Organe der Berufsakademie), § 12 (Lehrkörper), § 15 (Aufsicht) und § 18 (Ordnungswidrigkeiten) wird der Aufwand in Form von Prüfungs-, Aufsichts- und Mitwirkungspflichten erheblich erhöht. Das Ausmaß lässt sich dabei im Einzelnen nicht bestimmen. Es wird davon ausgegangen, dass für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens und die Wahrnehmung der Aufsicht ein personeller Mehrbedarf entsteht.

Beschlussempfehlung

Der Landtag möge beschließen,
den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/4097 unverändert anzunehmen.

Schwerin, den 16. Januar 2025

Der Wissenschafts- und Europaausschuss

Paul-Joachim Timm
Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Paul-Joachim Timm

I. Allgemeines

Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Berufsakademien in Mecklenburg-Vorpommern (Berufsakademiegesetz Mecklenburg-Vorpommern – BAG M-V)“ auf Drucksache 8/4097 in seiner 87. Sitzung am 25. September 2024 beraten und zur federführenden Beratung an den Wissenschafts- und Europaausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat in seiner 56. Sitzung am 17. Oktober 2024 beschlossen, zu diesem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung durchzuführen.

Gemäß § 46 Absatz 2a der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern (GO LT) hat die Landesregierung dem Landtag die Liste der im Rahmen der Verbandsanhörung durch die Landesregierung angehörten Institutionen vorgelegt. Danach seien an der Verbandsanhörung die Universität Rostock, die Universität Greifswald, die Hochschule für Musik und Theater Rostock, die Hochschule Wismar, die Hochschule Neubrandenburg, die Hochschule Stralsund, der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Greifswald, der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Rostock, der Allgemeine Studierendenrat der Hochschule für Musik und Theater Rostock, der Allgemeine Studierendenausschuss der Hochschule Wismar, der Allgemeine Studierendenausschuss der Hochschule Neubrandenburg, der Allgemeine Studierendenausschuss der Hochschule Stralsund, die Landesgeschäftsstelle Mecklenburg-Vorpommern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des Verbandes Hochschule und Wissenschaft, der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. des hlb-MV Hochschullehrerbund e. V., der ver.di Landesbezirk Nord, der Deutsche Gewerkschaftsbund Region Rostock Schwerin, der dbb mecklenburg-vorpommern und Tarifunion, die Geschäftsstelle des Inklusionsförderrates beim Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern, die Leitstelle für Frauen und Gleichstellung beim Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz, der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern, der Hauptpersonalrat beim Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten Mecklenburg-Vorpommern, die Universitätsmedizin Rostock, die Universitätsmedizin Greifswald, der Verein der Ingenieure Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, der Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e. V., die Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern, die Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern, die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin und die Handwerkskammer Schwerin beteiligt worden.

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat diese Liste zur Kenntnis genommen.

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat den Gesetzentwurf erstmalig in seiner 56. Sitzung am 17. Oktober 2024 sowie in seiner 59. Sitzung im Rahmen einer öffentlichen Anhörung am 28. November 2024 als auch in seiner 61. Sitzung am 5. Dezember 2024 und abschließend in seiner 62. Sitzung am 16. Januar 2025 beraten und dem Gesetzentwurf einvernehmlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und DIE LINKE bei Enthaltung seitens der Fraktionen der AfD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der FDP zugestimmt.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Finanzausschuss

Der Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 8/4097 in seiner 76. Sitzung am 5. Dezember 2024 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und DIE LINKE, bei Enthaltung der Fraktionen der AfD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP einvernehmlich beschlossen, dem federführend zuständigen Wissenschafts- und Europaausschuss aus finanzpolitischer Sicht zu empfehlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

2. Wirtschaftsausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 8/4097 in seiner 77. Sitzung am 7. November 2024 und abschließend in seiner 79. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und empfiehlt einvernehmlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, AfD und DIE LINKE, bei Stimmenthaltung seitens der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, den Gesetzentwurf, soweit seine Zuständigkeit betroffen ist, unverändert anzunehmen.

III. Wesentliche Ergebnisse der Beratungen des Wissenschafts- und Europaausschusses

1. Wesentliche Ergebnisse der öffentlichen Anhörung

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat in seiner 59. Sitzung am 28. November 2024 eine öffentliche Anhörung durchgeführt und hierzu die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung, hier zuständig für Fachhochschulen und Berufsakademien, des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, die Industrie- und Handelskammer zu Rostock, die Wirtschaftsförderung Mecklenburgische Seenplatte GmbH, die Professorin für Soziale Arbeit der Fachhochschule des Mittelstands in Rostock, die Industrie- und Handelskammer zu Schwerin, die Landeskonferenz der Rektorinnen und Rektoren in Mecklenburg-Vorpommern, die Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern sowie die Hochschulrektorenkonferenz eingeladen.

Im Folgenden werden die wesentlichen Aussagen, allgemeinen Einschätzungen und Kritikpunkte aus den schriftlichen und mündlichen Beiträgen zu der öffentlichen Anhörung am 28. November 2024 dargestellt.

Die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung, hier zuständig für Fachhochschulen und Berufsakademien, des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur führte ein, dass in Niedersachsen bereits im Jahr 1994 ein Berufsakademiegesetz geschaffen worden sei, um die rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung von Berufsakademien festzulegen. Seit dem Jahr 2002 könnten Berufsakademien in Niedersachsen Bachelorausbildungsgänge anbieten. Derzeit gebe es sieben staatlich anerkannte Berufsakademien in privater Trägerschaft mit rd. 1 550 Studierenden, die sehr erfolgreich arbeiteten und einen wichtigen Bestandteil der Vielfalt der Bildungslandschaft in Niedersachsen bildeten. Berufsakademien in Niedersachsen seien besondere Einrichtungen der tertiären Bildungsbereiche neben den Hochschulen, die eine wissenschaftsbezogene und zugleich praxisorientierte berufliche Bildung vermittelten. Der besondere Markenkern der Berufsakademien sei die enge Verzahnung zwischen Theorie und Praxis.

Die duale Ausbildung erfolge an zwei Lernorten, zum einen in dem Betrieb, der die praktische Ausbildung übernehme, und zum anderen im darauf aufbauenden Studium an der Berufsakademie. In Niedersachsen seien die Berufsakademien ausschließlich Einrichtungen nicht staatlicher Träger. Demzufolge sei die Möglichkeit zur Gründung einer staatlichen Berufsakademie in Niedersachsen, anders als im vorliegenden Gesetzentwurf, nicht gesetzlich vorgesehen. Ebenso sei gesetzlich ausgeschlossen, dass sich das Land an der Trägerschaft einer Berufsakademie beteilige. In der Regel handele es sich bei den Trägern von Berufsakademien um Vereine und Gesellschaften, die aus regionalen Initiativen hervorgingen. Mitglieder seien oft regionale Unternehmen, Vereinigungen und auch häufig Kommunen. Dies zeige, welche Chance eine Berufsakademie bilde, nämlich anhand regionaler Bedürfnisse des Arbeitsmarktes praxisnah auszubilden und auch Absolventinnen und Absolventen oftmals regional zu binden. Es sei deutlich zu sehen, dass die Bindungswirkung an die Praxisunternehmen sehr hoch sei. Die Berufsakademien in Niedersachsen finanzierten sich vornehmlich durch Studiengebühren, die in der Regel von den ausbildenden Partnerunternehmen übernommen würden. Einige Berufsakademien erhielten daneben weitere Mittel von Fördermitgliedern oder kooperierenden Unternehmen. Wie es auch im vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigt sei, sei in Niedersachsen jede Zuwendung oder Förderung durch das Land für den Betrieb oder Investitionsmaßnahmen in Berufsakademien ausgeschlossen. Die wirtschaftliche Lage der im Land Niedersachsen etablierten Berufsakademien sei sehr gut. Es gebe keinen Bedarf, auch nicht seitens der Berufsakademien, dass das Land Niedersachsen hier zusätzlich finanziell unterstützen müsse. Abschließend wurde erwähnt, die Erfahrung der letzten 30 Jahre habe gezeigt, dass Berufsakademien einen wichtigen Beitrag für die Vielfalt der Bildungslandschaft, für den Bildungserfolg von jungen Menschen sowie maßgeblich für die regionale Fachkräftesicherung darstellten. Sie seien ein deutlicher Gewinn für ein Land, sodass die Schaffung einer solchen Möglichkeit für Mecklenburg-Vorpommern zu begrüßen sei.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Rostock sagte, dass man die gemeinsame Position mit der IHK zu Neubrandenburg wiedergebe und dem Berufsakademiegesetz in der geplanten Form ablehnend gegenüberstehe. Zum einen sei keine Stärkung der beruflichen Bildung erkennbar. In Mecklenburg-Vorpommern gebe es seit vielen Jahren mehr freie Ausbildungsplätze, als die Unternehmen besetzen könnten. Im Koalitionsvertrag sei eine Stärkung der beruflichen Bildung vorgesehen, die aus Sicht der beiden IHK eine weitere Konkurrenz für die duale Ausbildung aufbaue, insbesondere, da man auf die Zielgruppe der Abiturienten setze, die damit den Unternehmen in der dualen Ausbildung verloren gingen. Der zweite Grund seien die bundesweit bestehenden Fachkräfteengpässe. Nach dem aktuellen Fachkräftereport der Deutschen Industrie- und Handelskammer würden den Unternehmen bundesweit, insbesondere Absolventen der beruflichen Bildung, sowohl die Ausbildung als auch die Fortbildung fehlen und nicht weitere Absolventen mit einem akademischen Abschluss. Somit seien Berufsakademien ein weiterer Weg zu einem Abschluss im tertiären Bereich, was nicht dem Fachkräftebedarf der Wirtschaft entspreche, der angespannt genug sei. Darüber hinaus gebe es in Mecklenburg-Vorpommern eine ausgeprägte Hochschullandschaft, die stärker ausgeprägt sei als beispielsweise die in Niedersachsen. Deswegen lehnten beide IHK weitere Institutionen ab, da sie nicht notwendig seien. Stattdessen sollten die bestehenden Hochschulen ertüchtigt und duale Studiengänge in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft angeboten werden. Die Berufsakademien hätten in der Vergangenheit nicht vom bundesweiten Boom der dualen Studiengänge profitiert.

Viele Bundesländer mit Berufsakademien seien dazu übergegangen, diese in duale Hochschulen umzuwandeln. Aus der Sicht der Wirtschaft müsse es bei dualen Studiengängen eine enge Verzahnung von akademischem Studium und praktischem Lernen geben, die auch mit entsprechenden ECTS-Punkten (European Credit Transfer and Accumulation System) zu versehen seien. Bestenfalls plädierten die IHK für ausbildungsintegrierte Studiengänge, da diese die Möglichkeit böten, einen zweiten Abschluss, den einer abgeschlossenen Ausbildung, zu erwerben, sollte ein Studium aus irgendwelchen Gründen nicht gelingen. Da es genug Hochschulabbrecher im Land gebe, bestünde so immer noch die Möglichkeit, den Ausbildungsabschluss zu erwerben. Des Weiteren sei, entgegen des ursprünglichen Entwurfes, im vorliegenden Entwurf hinterlegt, dass die Betriebe, die als Kooperationspartner für duale Studiengänge infrage kämen, auch eine Ausbildungsberechtigung haben sollten. Dies sei aus Sicht der IHK ein wichtiger Punkt, weil Betriebe sich sonst aus der dualen Ausbildung zurückzögen, da es dann vermeintlich einfacher sei, ohne eine Ausbildungsberechtigung Abiturienten auf Hochschulniveau zu qualifizieren.

Die Wirtschaftsförderung Mecklenburgische Seenplatte GmbH äußerte, dass sie den vorliegenden Gesetzentwurf sehr praxisbezogen sehe. Sie sei seit 25 Jahren in geschäftsführenden Positionen in der Wirtschaftsförderung tätig und dies in unterschiedlichen Bundesländern. Berufsakademien kenne sie aus eigener Erfahrung. So sei sie vielen jungen Menschen begegnet, die durch die Möglichkeit einer Berufsakademie ihre Karriere vorangebracht hätten. Besonders hervorzuheben sei die enge Verzahnung von wirtschaftlichen Erfordernissen, die den jungen Menschen in dem Betrieb präsentiert würden, und dem akademischen Curriculum, welches sie lernten. In den heutigen Managementkreisen seien zahlreiche Führungskräfte, die aus berufsakademischen Karrieren kämen, sodass es aus ihrer Sicht eine gute Lösung sei, dass das rein universitäre nicht zu sehr akademisch werde. Sie habe selbst Lehraufträge an der dualen Hochschule Mannheim sowie an der Hochschule Wismar. Dabei stelle sie immer wieder fest, dass die Möglichkeit der Berufsakademie nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung für junge Erwachsene oder auch Erwachsene mit einer entsprechenden Berufspraxis ein sehr guter Weg sei, noch mal akademisches und auch neues Wissen mit hineinzubringen in ihren eigenen Karriereweg ebenso zur Unterstützung der Unternehmen. Darüber hinaus würden Berufsakademien die Berufsrealität anders vermitteln. Es sei ein Unterschied, beispielsweise über Prozesse der Zerspannung zu lesen oder diese in einem Betrieb direkt zu erfahren. So würde der berufliche Alltag mit der akademischen Bildung verknüpft und biete so eine Erweiterung des Wissensgrades. Dies könne aus ihrer Sicht wesentlich dazu beitragen, dass das die Attraktivität für junge Menschen stärke, wenn sie die Möglichkeit eines solchen Bildungsweges hätten, nach Mecklenburg-Vorpommern zu kommen. Berufsakademien hätten den Vorteil, dass sie keine so großen Hürden im Hinblick auf Akkreditierungsinstitutionen hätten wie universitäre Ausbildungsstätten. Es sei ihr durchaus bekannt, dass es duale Bildungs- und Studienangebote im Land gebe, jedoch seien die Präsenzzeiten zwischen Studium und tatsächlicher Arbeit stark auseinanderfallend. Daher plädiere sie für einen mehr praxisbezogenen Vorgang und demzufolge eine entsprechende Anpassung oder Neufassung eines Berufsakademiegesetzes.

Die Professorin für Soziale Arbeit der Fachhochschule des Mittelstands in Rostock erklärte, dass sie die Diskussion um den Punkt der Finanzierung von Berufsakademien erweitern wolle, da dies ein besonderer Faktor sei, wenn man eine solche Einrichtung im Land Mecklenburg-Vorpommern entwickeln und implementieren wolle. Vor allem vor dem Hintergrund, dass der Gesetzentwurf vorsehe, dies in private Trägerschaft zu geben, was an bestimmte Bedingungen geknüpft sei, die letztlich zeigen würden, ob es eine solche Akademie geben werde.

Demzufolge sei eine enge Zusammenarbeit mit der zu entwickelnden Berufsakademie zwischen den Unternehmen als auch zwischen den Kammern grundlegend, damit solch eine Akademie überhaupt entstehen könne. Daher sei der Aspekt der Finanzierung noch weiter zu vertiefen und aus ihrer Sicht einer der zentralen Punkte des Vorhabens. Sie unterstütze die angesprochenen Aspekte und teile die Auffassung, dass eine Berufsakademie eine gute Theorie-Praxis-Transfermöglichkeit biete. Die Akkreditierung sei bereits angesprochen worden und in dem Zusammenhang auch die 40-Prozent-Quote des wissenschaftlichen Lehrpersonals, das mitzudenken sei. Man müsse eine stabile Trägerschaft etablieren, da sich das wissenschaftliche Lehrpersonal aus ihrer Sicht auf keine instabile Situation einlassen werde. Dies sei ein weiterer entscheidender Punkt in der Entwicklung.

Die IHK zu Schwerin erläuterte, dass ihre wichtigste Aufgabe die Sicherung von Fachkräften sei. Man wisse aus der Vergangenheit, dass es häufig eine klare Trennung zwischen der Erstausbildung und der höheren Ausbildung gegeben habe. Mittlerweile werde sowohl aus Sicht der Unternehmen als auch der jungen Menschen immer mehr nach der Kopplung klassischer Berufsausbildung mit Möglichkeiten eines Hochschulstudiums gefragt. So hätten die IHK insgesamt den gleichen Befund, was die Sorgen der Unternehmen hinsichtlich fehlender Fachkräfte angehe, jedoch seien die Behandlungsmethoden unterschiedlich, sodass die IHK zu Schwerin eine andere Auffassung zum vorliegenden Gesetzentwurf habe als die anderen beiden IHK. Es gehe vorrangig um eine enge Verzahnung von verschiedenen Möglichkeiten, also praktische Ausbildung, berufstheoretische Ausbildung, Hochschulausbildung, um dem Unternehmen in erster Linie Absolventen für eine Ausbildung zur Verfügung stellen zu können, die beides koppele. So hätte man theoretische Kenntnisse, Hochschulansätze und man wisse aufgrund der Praxisnähe, was man tue. Allerdings wisse man auch um die Reaktionsfähigkeiten auf die Bedarfe, die es gebe. Dies führe zu Berufsakademien, da diese der eigenen Erfahrung nach sehr schnell auf ankommende Bedarfe reagierten und ihre eigenen Angebote entsprechend korrigierten. Bei Studiengängen gebe es ausbildungsintegrierte und praxisintegrierte Studiengänge. Derzeit seien ausbildungsintegrierte Studiengänge leider rückläufig, sodass man eher in die Richtung der praxisintegrierten Studiengänge gehe. Die Hauptursache dafür liege aus Sicht der IHK zu Schwerin in erster Linie an den Grenzen der Organisation der konkreten Einrichtung, die solche Studiengänge anbiete, was mit den Zahlen der Eingeschriebenen zusammenhänge, sowie der Reaktionsfähigkeit auf bestimmte Situationen und Bedarfe. Derzeit gebe es in Mecklenburg-Vorpommern keine Möglichkeit, dass eine Berufsakademie selber aktiv werde, da sie eine Außenstelle sein müsse. Daher sei es ein Gewinn, wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern die Grundlagen zur Gründung von Berufsakademien schaffe, wie es der vorliegende Gesetzentwurf nun vorsehe. Der Gesetzentwurf sei eine Regelung im Sinne der eigenen Unternehmen und letzten Endes auch im Sinne der Angebote. Das Fazit gehe in zwei Richtungen. Zum einen werde die Ansicht vertreten, je mehr unterschiedliche Angebote mit unterschiedlichen Qualitäten es gebe, umso eher könne der Einzelne entscheiden, was gut sei. Als Wirtschaftsvertretung sei man stets der Auffassung, dass der Markt letzten Endes grundsätzliche Gedanken regele und wenn das Angebot nicht vernünftig sei, werde es auch nicht wahrgenommen. Die IHK stehe für einen vernünftigen Anspruch hinsichtlich der Qualität, der Praxisnähe und vor allen Dingen der Zusammenarbeit in der jeweiligen Region. Wenn dies gegeben sei, könnten enge Partnerschaften entstehen. Die Erfahrung zeige, dass je enger diese Partnerschaft sei, umso eher habe man ein Bildungsangebot, was weitere Möglichkeiten biete, womit sich der Kreis im Sinne der eigenen Unternehmen schließe. Daher spreche sich die IHK zu Schwerin für den vorliegenden Gesetzentwurf aus.

Die Landeskonferenz der Rektorinnen und Rektoren in Mecklenburg-Vorpommern (LRK) führte aus, dass im Rahmen der Gemeinsamen Geschäftsordnung II (GGO II) geregelt sei, dass zunächst die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes zu überprüfen sei. Insofern sei die LRK, die alle staatlichen Hochschulen mit Gaststatus der Fachhochschule Güstrow vertrete, sehr verwundert über die Aussage gewesen, dass ein Berufsakademiegesezt zu einer wesentlichen Bereicherung der Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern beitragen werde. Diese Auffassung teilten die staatlichen Hochschulen keinesfalls, da keine positiven Effekte zu erkennen seien. Es bedürfe der Klarstellung, dass die LRK nicht gegen das Berufsakademiegesezt sei, was jedoch rein verfassungsrechtliche Gründe habe. Dies sei am Beispiel des Gentechnikgesetzes näher zu erläutern. Wenn man etwas plane, was in den Anwendungsbereich der Berufsfreiheit falle, es dafür aber trotzdem auch aus verfassungsrechtlichen Gründen gewisse ordnungspolitische Regelungen geben müsse, die dann die Zulassung regelten, sei der Gesetzgeber hiernach verpflichtet, ein solches Gesetz zu erstellen und vorzuhalten. Das führe jedoch noch nicht zu der Bewertung, dass ein solches Gesetz eine positive Bereicherung darstelle. In diesem Zusammenhang sei daran zu erinnern, wie sich die heutige Hochschullandschaft seit 2004 verändert habe. Seit diesem Zeitpunkt gebe es eine dezidiert abgestimmte Hochschulentwicklung und Hochschulentwicklungsplanung. So sei man auch aktuell wieder im Gespräch um die Eckwerte der Hochschulentwicklung, welche die Bedarfe des Landes Mecklenburg-Vorpommern vollständig abdeckten. Diese Bedarfe könnten staatliche Hochschulen vollumfänglich erfüllen, sodass es keiner weiteren Angebote bedürfe. Zu begründen sei dies damit, dass die staatlichen Hochschulen sowohl praxis- als auch ausbildungsintegriert eine ganze Reihe von dualen Studienangeboten unterhielten. Insofern bestünde dieses Angebot bereits. Die LRK sehe nicht den geringsten Bedarf einer Regelung, die somit auch außerhalb von Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes private Anbieter betreffe. Es stelle sich die Frage, welche Akademien das sein könnten und wie das Angebot dann aussähe. Ihm würde nur das Beispiel des Staatsvertrages des Landes Mecklenburg-Vorpommern einfallen. Da sei die Finanzausbildung an die Norddeutsche Akademie für Finanzen und Steuerrecht ausgelagert worden. Aus der Sicht der LRK bestünde keinerlei Bedarf an entsprechenden staatlichen Regelungen. Stattdessen wäre es moderner gewesen, die interne Ausbildung zu hinterfragen und so zu reformieren, dass die allgemeinen staatlichen Hochschulen diese dann auch übernehmen könnten. Schließlich fordere die LRK, dass eine Regelung aufgenommen werde, wie sie etwa im saarländischen Akademiegesetz geregelt sei. Demzufolge dürften Akademien, die auf private Initiative gegründet würden, in ihrem inhaltlichen Angebot der Hochschulentwicklungsplanung oder der Hochschulplanung des Landes nicht widersprechen. Dies werde für rechtlich unbedenklich gehalten und entspreche der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Insgesamt betrachte die LRK den Gesetzentwurf äußerst kritisch. Man sehe ausschließlich den verfassungsrechtlichen Grund für seinen Erlass und würde es begrüßen, wenn es seitens des Ausschusses und auch der Landesregierung zur Klarstellung käme, dass dies keine wesentliche Bereicherung der Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern darstelle.

In der sich anschließenden Diskussion wollte die Fraktion der CDU die Frage des Bedarfes von Berufsakademien bzw. einer gesetzlichen Regelung zur Gründung von Berufsakademien geklärt wissen. Sie fragte bei der IHK zu Schwerin nach, warum man die Berufsakademien als fehlende Nische sehe und welcher Bedarf konkret bestehe, der nur durch Berufsakademien gedeckt werden könne. Des Weiteren fragte sie die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur vor dem Hintergrund ihrer Ausführungen, dass es in Niedersachsen ausschließlich Berufsakademien nicht staatlicher Träger gebe, warum dieser Punkt nicht im niedersächsischen Berufsakademiegesetz aufgenommen worden sei.

Die IHK zu Schwerin antwortete, dass Bedarfe entstünden, die gelöst werden müssten. Man arbeite eng mit dem Datenverarbeitungszentrum (DVZ) zusammen, welches derzeit duale Studiengänge mit fünf oder sieben verschiedenen Hochschulen zusammen habe. Von diesen Hochschulen gebe es lediglich eine in Mecklenburg-Vorpommern, alle anderen seien außerhalb. Dies bedeute, sobald das DVZ überlege, im Sinne des Dienstleistungsgedankens für das Land eine neue Ausbildung anzubieten, gehe sie auf die Suche nach einer Hochschule. In dem Augenblick, wo man dieses Angebot relativ schnell im Land abdecken könnte, mit einem derzeitigen Vorlauf von etwa zwei, drei Jahren, seien die Berufsakademien eine solche Nische, die das könnten. Der zweite große Bereich sei der Bereich Gesundheit, wo ebenfalls entsprechende Nachfragen zu erwarten seien.

Die Fraktion der CDU entgegnete, dass das Thema DVZ und IT aus ihrer Sicht eher über die Hochschulentwicklungsplanung des Landes zu thematisieren sei und langfristig über die Hochschulen des Landes insgesamt abgedeckt werden sollte. Daraus leite sich für die Fraktion der CDU keine Konkretisierung für die Notwendigkeit einer Berufsakademie ab.

Die IHK zu Schwerin erwiderte, dass Berufsakademien für ein atmendes System vonnöten seien. Man sehe das Problem, dass bei vorhandenen Studiengängen und möglichen Neuerungen die staatlichen Hochschulen eine deutlich längere Zeit benötigten, um diesen Gedanken zu platzieren, falls es aufgrund der Regularien der Hochschule überhaupt funktioniere. Diesbezüglich seien Private deutlich schneller.

Die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur antwortete, dass es das Berufsakademiegesetz in Niedersachsen schon sehr lange gebe und sich die Frage nie gestellt habe und es auch ihres Wissens nach keine Diskussion gegeben habe, da kein Bedarf vorhanden war, eine staatliche Berufsakademie zu gründen. Man habe aber staatliche Fachhochschulen, die duale Studiengänge anböten.

Die Fraktion der SPD wollte von der stellvertretenden Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur wissen, welche Studiengänge konkret angeboten würden, woher die Lehrenden kämen, ob es Kooperationen mit den Hochschulen gebe und ob auch in Niedersachsen rückläufige Studierendenzahlen zu vermerken seien.

Die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur erläuterte, dass es unterschiedliche Studiengänge gebe, die sich oft an den regionalen Bedarfen, auch in den Wirtschaftsbereichen, orientierten. So gebe es BWL-Studien- oder Ausbildungsgänge, Wirtschaftsinformatik oder auch im Gesundheitsbereich eine Berufsakademie. Des Weiteren gebe es eine Berufsakademie, die sich ausschließlich auf den Bankensektor fokussiere und vorrangig Ausbildungsgänge für den Bankenbereich anböte. In Bezug auf die Lehrkräfte führt sie aus, dass es ähnlich wie im vorliegenden Entwurf eine entsprechende Quotenregelung gebe. Diese liege bei 60 Prozent, wobei dann ausdifferenziert nur mindestens ein Drittel hauptberuflich an der Berufsakademie beschäftigt sein müssten und der Rest sehr oft von Fachhochschulen kämen, die dann neben ihrer Tätigkeit an den Fachhochschulen auch an den Berufsakademien lehrten.

Zur Frage der Studierendenzahlen sehe man, wie alle anderen Bundesländer auch, den Rückgang der Studierendenzahlen an den staatlichen Fachhochschulen. An den niedersächsischen Berufsakademien gebe es relativ konstante Zahlen, was auf die Verzahnung mit den Unternehmen und die Bedarfe zurückzuführen sei, sodass kein Rückgang zu verzeichnen sei.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bat um eine Einschätzung der IHK zu Rostock und der stellvertretenden Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, ob ein Berufsakademiegesetz das bestehende duale Berufsausbildungssystem aushöhlen werde.

Die IHK zu Rostock antwortete, dass sowohl die IHK zu Neubrandenburg als auch die IHK zu Rostock dieser Auffassung seien. Es sei bedauerlich, dass man aus Sicht der Wirtschaft nicht als eine Stimme spreche. Anhand belegbarer Zahlen sei erkennbar, dass man auf die Zielgruppe der Abiturienten abziele, die aber auch für die Betriebe in der dualen Ausbildung wichtig seien. Man spreche für die Berufe in Industrie, Handel und Dienstleistungen, für die die IHK zuständig sei. Im Gesundheitsbereich gebe es sicherlich noch ganz andere Problemlagen. Man sehe aber für die duale Ausbildung, die ihren Bereich betreffe, nur eine weitere Option für einen tertiären Bildungsabschluss, der vermeintlich interessant sein könnte. Die duale Ausbildung, wo bereits sichtbar Fachkräfte fehlten, würde durch das Gesetzesvorhaben weiter geschwächt.

Die IHK zu Schwerin stellte klar, dass man diese Meinung nicht teile. Man habe einen Anteil von 20 Prozent an Abiturienten in den Ausbildungsverträgen. Diese Zahl sei seit Jahren konstant und man gehe nicht davon aus, dass diese maßgeblich sinken werde.

Die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sagte, dass es eine derartige Diskussion in Niedersachsen nicht gebe und ihres Wissens nach in den letzten Jahren auch nicht gegeben habe.

Die Fraktion der AfD merkte zunächst an, dass Mecklenburg-Vorpommern sich eher durch eine kleinteilige Wirtschaftsstruktur auszeichne, und nahm Bezug auf die Aussage der stellvertretenden Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, wonach die Finanzierung über die auszubildenden Partnerunternehmen erfolge, welche die Studiengebühren übernähmen. Die Fraktion wollte wissen, ob diese die Kosten komplett oder anteilig übernähmen oder ob die Hälfte durch die Studenten selbst zu tragen sei und wie die Unternehmensgrößen aussähen, die sich diese Gebühren leisten könnten.

Die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur antwortete, dass dies nicht pauschal zu beantworten sei. In der Regel trügen die Partnerunternehmen die gesamten Gebühren. Auch die Höhe der Gebühr sei unterschiedlich, belaufe sich aber je nach Berufsakademie monatlich auf ungefähr 500 Euro. Die Unternehmensgrößen seien bei den jeweiligen Berufsakademien unterschiedlich. Die Unternehmen sähen aber einen deutlichen Mehrwert, gerade wenn es um passgenaue Ausbildungen für ihre Unternehmen und die angesprochene Bindungswirkung ans Unternehmen und an die Region ginge.

Die Fraktion der SPD fragte bei der stellvertretenden Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur nach, ob sie etwas über mögliche Kannibalisierungseffekte in Niedersachsen sagen könne sowie ob das Gesetz in den vergangenen 30 Jahren angepasst worden sei und, falls ja, an welchen konkreten Punkten. Hinsichtlich der Ausführungen der LRK wurde nachgefragt, ob die Fraktion es richtig verstanden habe, dass das angestrebte Gesetz eine verfassungsrechtliche Lücke, die im Land Mecklenburg-Vorpommern bestehe, schließen müsse. Des Weiteren sollte die IHK zu Rostock näher erläutern, warum die Auffassung der IHK zu Schwerin, dass das Angebot das Geschäft belebe, im Hinblick auf erhöhte Reaktionsfähigkeit auf Nachfragen sowie eine höhere Regionalität nicht auch in anderen Bereichen gelten könne.

Die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur teilte mit, dass es ihres Wissens nach keine Kannibalisierungseffekte und auch keine Diskussion dazu gegeben habe. Zur Frage der Anpassung des Gesetzes führte sie aus, dass es eine umfassende Anpassung mit der Aufnahme der Möglichkeit der Bachelorausbildungsgänge im Jahr 2002 gegeben habe. Einen sonstigen Bedarf für Anpassungen habe es nicht gegeben und dieser sei aktuell auch nicht in der Diskussion. Die Landeskongress der Rektorinnen und Rektoren in Mecklenburg-Vorpommern erklärte, dass der Ausgangspunkt sei, dass für private Anbieter die Errichtung und die Unterhaltung von Berufsakademien zum durch die Berufsfreiheit des Grundgesetzes geschützten Freiheitsbereich gehöre. Wenn man dies auf eine Art und Weise betreiben möchte, sodass die Abschlüsse staatlich anerkannt seien, bedürfe es dafür eines Zulassungsverfahrens. Man könne nicht sagen, dass das verfassungsrechtlich in Ordnung sei und man entsprechende Berufsakademien betreiben dürfe, da es hierfür im Land kein Gesetz gebe. Demzufolge sei schon lange diskutiert worden, dass es dann eine Verpflichtung geben müsse, ein solches Gesetz zu machen und in einem solchen Gesetz zu regeln, unter welchen Bedingungen man eine Zulassung erhalten könne. Dies führe dann dazu, dass letztlich auch der Rahmen relativ weit im öffentlichen Interesse geregelt werden könne, was genau der Punkt sei, der hier gerade diskutiert werde.

Die IHK zu Rostock betonte, dass sich weder die IHK zu Rostock noch die IHK zu Neubrandenburg gegen duale Studiengänge stellten. Man sehe auch, dass es im Vergleich zu anderen Ländern relativ wenige dual Studierende in Mecklenburg-Vorpommern gebe. Jedoch sei man der Ansicht, dass es in Mecklenburg-Vorpommern bereits eine ausgeprägte Hochschullandschaft gebe, die mehr Studierende anziehe, als man eigene Landeskinder habe, die auch finanziert werden müssten. Daher plädiere man sehr dafür, dass an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften des Landes noch mehr duale Studienangebote unterbreitet werden. Darüber hinaus gebe es in der beruflichen Bildung sehr attraktive Weiterbildungen, die auch zu höheren Qualifikationen führten und die häufig von Betrieben gefördert würden. Diese Hochschulabschlüsse seien, wie es auch der Deutsche Qualifikationsrahmen vorsehe, im Niveau gleichgestellt. Auch dies seien Abschlüsse, die den Blick über den Tellerrand erweiterten und nicht nur mit dem Ausbildungsabschluss endeten. Die beiden IHK würden eher den Weg forcieren, dass die Fachhochschulen und Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Land gemeinsam mit der Wirtschaft weitere duale Studiengänge anböten und auch bedarfsgerecht weiterentwickelten, da es aus ihrer Sicht dafür keiner weiteren Institution bedürfe.

Die Fraktion der CDU merkte zunächst in Richtung der Fraktion der SPD an, dass kein Missverständnis dahingehend entstehen solle, dass das Land verfassungswidrig handle, weil es kein Berufsakademiegesetz gebe oder die Auffassung entstehe, dass es verpflichtend sei, verfassungsrechtlich ein Berufsakademiegesetz zu errichten. Dies sei nicht der Fall. An die Ausführungen der IHK zu Rostock gerichtet, bemerkte sie, dass ihres Wissens nach in Sachsen jüngst eine Akademie umgewandelt worden sei und nunmehr eine eigene Hochschule errichtet habe. Damit sei möglicherweise ein Signal gesendet worden, dass der Schwerpunkt darauf liegen müsse, duale Studiengänge zu fördern. Nach ihrer Kenntnis sei diese Umwandlung von der IHK in Sachsen positiv begleitet worden. Sie bittet um Auskunft, ob es dazu Diskussionen in den IHK gebe oder gegeben habe. Des Weiteren seien den Ausführungen der Professorin für Soziale Arbeit der Fachhochschule des Mittelstands in Rostock zu entnehmen gewesen, dass die Finanzierungsverantwortung bei den künftigen privaten Trägern liege. Die Fraktion würde hier ebenso die Unternehmen ergänzen und meint, dies auch im Statement herausgehört zu haben, daher hat sie um eine Konkretisierung gebeten.

Die IHK zu Rostock antwortete, dass Sachsen nicht das einzige Land sei, das die Berufsakademien in den vergangenen Jahren in duale Hochschulen umgewandelt habe. Ähnliches gelte auch für Schleswig-Holstein und für Sachsen-Anhalt oder zumindest habe Sachsen-Anhalt die Absicht. Hintergrund dessen sei, dass die Berufsakademien ebenso wie duale Hochschulen, die zu Masterabschlüssen führen wollen, ihre Abschlüsse auch im internationalen Maßstab besser anerkannt wissen wollen. Dies sei der wesentliche Grund, der zu dualen Hochschulen führe. Wo es etablierte Berufsakademien gebe, würde man nicht sagen, dass man irgendwelche Gesetze abschaffen müsse. Man sei vielmehr der Ansicht, dass es keine zusätzlichen Angebote wie einer Berufsakademie brauche. Die Anforderungen an duale Studiengänge müssten eine unmittelbare Verzahnung von akademischen und praktischen Inhalten enthalten. Dazu sei es durchaus sinnvoll, eine enge Kooperation mit den Betrieben zu haben, die die dualen Studiengänge begleiteten, sodass es abgestimmte Studienkonzepte gebe, in denen die praktischen Teile mit ECTS-Punkten versehen seien und nicht nur ein Praktikum im Rahmen eines dualen Studiengangs darstellten, und dass es dafür konkrete Kooperationsvereinbarungen geben müsse. Auch dafür gebe es schon gute Beispiele im Land. Die IHK stehe eher für ausbildungsintegrierte Studiengänge, auch wenn die Zahl der praxisintegrierten Studiengänge am stärksten zugenommen habe. Aus ihrer Sicht sei ein Studium mit integrierter Ausbildung für junge Leute attraktiver, da sie damit immer eine Doppelqualifikation hätten. Für die Hochschulen seien jedoch aufgrund der leichteren Organisation die praxisintegrierten Studiengänge einfacher.

Die Professorin für Soziale Arbeit der Fachhochschule des Mittelstands in Rostock führte aus, dass die Nachfrage zur Finanzierung nicht einfach zu beantworten sei. Formal betrachtet müsse man klar sagen, dass dies in der Verantwortung des privaten Trägers liege, der dann die komplette Verantwortung sowohl wirtschaftlich als auch inhaltlich übernehme. Faktisch sei es wiederum so, dass eine solche Berufsakademie nur existieren könne, wenn entsprechende Studierendenzahlen vorhanden seien. Deren Studienanteil müsse durch die Unternehmen, welche die Studierenden im Rahmen ihrer Ausbildung begleiten, auch finanziert werden. Ohne ein Bekenntnis der Unternehmerschaft in Mecklenburg-Vorpommern könne es keine Entwicklung von Berufsakademien geben. Vorzugsweise wäre ein solches Bekenntnis seitens der IHK wünschenswert, allerdings gebe es hier unterschiedliche Positionen, die sie nachvollziehen könne.

In diesem Zusammenhang wolle sie das Statement abgeben, dass die Unterscheidung bzw. das, was als Kannibalismus benannt worden sei, sich nur an einer Stelle am Ende wirklich zeigen werde, nämlich, inwiefern man anschlussfähig sei und wie die Bewertung der akademischen Abschlüsse erfolge. Dies sei besonders wichtig, im Blick zu behalten. Vor allem in Bezug auf die Bildungsbiografien, wie sich Menschen entwickeln könnten, wenn sie unterschiedliche Perspektiven hätten, sodass sie entweder in eine Berufsausbildung einmündeten oder parallel auch über eine wissenschaftliche Ausbildung nachdächten. Dies sei der Vorteil einer Berufsakademie, da sie beides bediene. Sie teile die Auffassung der IHK zu Rostock, dass dies vor dem Hintergrund der Studierendenzahlen kritisch zu betrachten sei. Dennoch teile sie die Ansicht der IHK zu Schwerin, dass es eine Bereicherung der Bildungslandschaft sei, weil es den jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit gebe, sich unterschiedlich ausbilden zu lassen und andere Perspektiven zu entwickeln. Die Voraussetzung dafür sei aber das Bekenntnis der Unternehmen.

Die Fraktion der FDP hatte die Nachfrage, ob es Untersuchungen oder Erkenntnisse gebe, wie viele der Studierenden nach der Ausbildung im Land Mecklenburg-Vorpommern verblieben, und bat die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, die IHK zu Schwerin sowie die Wirtschaftsförderung Mecklenburgische Seenplatte GmbH um Auskunft dazu.

Die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur entgegnete, dass das Land Niedersachsen derlei Daten nicht erhebe. Die Berufsakademien seien privatwirtschaftlich tätig und insofern frei. Man stehe aber in engen Kontakten und könne aus den Berichten sagen, dass sowohl von den Berufsakademien als auch von den Unternehmen, die dort Partnerunternehmen seien, die enge Verzahnung von Theorie und Praxis und die sehr enge Begleitung der Studierenden während der gesamten Phase den positiven Effekt hätten, dass die Studierenden in den meisten Fällen bei den regionalen Partnerunternehmen blieben.

Die IHK zu Schwerin führte aus, dass man sich natürlich wünsche, dass die Studierenden möglichst in den eigenen Unternehmen blieben. Auch für die ausbildenden Unternehmen sei das klare Ziel, ihre Auszubildenden bei sich zu behalten. Man müsse den Gedanken zulassen, dass zwei Punkte zum Tragen kommen könnten. Zum einen passiere innerhalb der drei Jahre Berufsausbildung etwas mit dem jungen Menschen, da sich dieser verändere und vielleicht auch andere Vorstellungen habe. Oder man stelle innerhalb der Berufsausbildung fest, dass es nicht passe, und vereinbare, ein ordentliches Ende zu finden und danach eine neue Entscheidung zu treffen. Zum anderen müsse man sehr gute, attraktive Ausbildungsgänge anbieten, damit unterschiedliche Menschen blieben. Dies führe zu dualen Studiengängen. So seien beispielsweise die WEMAG und Stadtwerke zu nennen, die sehr viele duale Studiengänge mit der ehemaligen Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein, nunmehr Duale Hochschule Schleswig-Holstein, hätten und die dem Abiturienten, der nach der Ausbildung bleiben solle, ein bisschen mehr bieten müssten als nur den Abschluss Industriekaufmann, sodass sie diesen Industriekaufmann plus nennen. Als weiteres Beispiel gebe es seitens der IHK für den Bereich des Handels ein Kombimodell für Abiturienten. Dies gestalte sich so, dass man für große Handelsketten den Kaufmann im Einzelhandel nehme, die Ausbildungszeit, soweit es gesetzlich möglich ist, reduziere und den Handelsfachwirt obendrauf saddle und damit das mache, wozu die IHK zu Rostock ausgeführt habe. Damit werde die duale Berufsausbildung mit der höheren Berufsbildung kombiniert, um so die stellvertretende Marktleitung oder Marktleitung für beispielsweise Discounter oder Supermärkte zu sichern.

Diese Angebote zielten vor allem darauf ab, die Schulabgänger aus der Region anzusprechen und sie so attraktiv wie möglich einzubinden, damit sie im Land verblieben.

Die Wirtschaftsförderung Mecklenburgische Seenplatte GmbH bestätigte die Ausführungen der Vorredner und ergänzte aus ihrer praxisorientierten Sicht, dass es das Modell Berufsakademie nicht mehr geben würde, wenn es nicht so erfolgreich wäre. So würden die meisten Unternehmen, die sich dazu bekannt hätten, dieses Modell schon sehr lange und erfolgreich nutzen. Sie plädiere für die Adaption des Modells, um als Standort attraktiv zu sein und so Menschen ins Land zu bringen. Sie könne zwar keine Zahlen nennen, aber aus ihren Gesprächen mit Studierenden wiedergeben, dass diese von sehr guten Erfahrungen in den Unternehmen berichteten und der Unterstützung durch diese, um einen akademischen Weg zu gehen. Die Unternehmen würden dieses Modell nicht unterstützen, wenn es sich nicht für sie auszahlen würde, und dieser Aspekt bestärke sie in ihrem Plädoyer für Berufsakademien im Land.

Für die Fraktion der SPD stellten sich weitere Fragen. Zum einen, ob die Durchlässigkeit gewährleistet sei, dass die Studierenden nach dem Erwerb des Bachelorabschlusses auch die Möglichkeit für ein Masterstudium erhielten. Zum anderen wurde um eine Konkretisierung gebeten, warum die Ausbildung an einer Berufsakademie flexibler sei als das duale Studium an einer Hochschule und schließlich ob die Befürchtung berechtigt sei, dass man die Auszubildenden des Landes im Rahmen einer Berufsakademie so gut qualifiziere, dass sie sich aufgrund des beispielsweise besseren Verdienstes letztendlich dann doch in ein anderes Bundesland verabschiedeten.

Die stellvertretende Referatsleiterin der Hochschulabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur antwortete auf die erste Frage, dass der vorliegende Gesetzentwurf dies vorsehe und dies auch in Niedersachsen so geregelt sei, dass die Abschlüsse entsprechend Fachhochschulabschlüssen gleichgestellt seien und somit die Durchlässigkeit gegeben sei, dass die Studierenden einen Masterstudiengang anschließen könnten.

Die IHK zu Schwerin sagte, dass es im Interesse der Unternehmen sei, die eigenen Auszubildenden zu binden. Man wisse, dass es Angebote gebe, die für junge Menschen zunächst verlockend sein könnten, wie beispielsweise eine höheres Gehalt in einem anderen Bundesland. Aber da müsse man den jungen Menschen auch die Realität darlegen, dass dieses höhere Gehalt beispielsweise aufgrund höherer Lebenshaltungskosten doch kein besseres Angebot darstelle. Zur Frage der Flexibilität einer Berufsakademie wurde ausgeführt, dass es der IHK zu Schwerin ausschließlich um das atmende System und die Reaktion auf bestimmte Bedingungen gehe. Man habe vor einigen Jahren den dualen Studiengang Maschinenbau plus, Fertigungsmechaniker gehabt, eine Zusammenarbeit mit der Hochschule Wismar, der IHK zu Schwerin und der Beruflichen Schule Technik Schwerin. Davon sei leider nichts mehr übrig. Es sei ein gefördertes Projekt gewesen, was die Hochschule in die Lage versetzt habe, durch eigene Koordinatoren diese Abstimmungen untereinander vorzunehmen. Übrig geblieben sei die Grundaussage, dass jeder Studiengang dual möglich sei, was bedeute, dass der Studierende seinem Studiengang nachgehe und seine studienfreie Zeit im Unternehmen absolviere. Dies sei nicht nicht das, was die IHK unter dual verstehe. Man brauche eine Logistik, die darauf achte, was der Betrieb und der Studierende benötige oder was angepasst werden müsse.

Jedoch gebe es diese Logistik derzeit nicht an den Hochschulen. Dies sei kein Vorwurf an die Hochschulen. Das Problem sei, dass die Hochschulen akkreditierte Studiengänge hätten und dies eine gewisse Eingrenzung darstelle, die bei privaten Anbietern in der Form nicht vorliege. Diese könnten einfach loslegen.

Die Professorin für Soziale Arbeit der Fachhochschule des Mittelstands in Rostock knüpfte daran an und sagte, dass dies die schwierige Übersetzung der oft verwendeten Begrifflichkeit des Theorie-Praxis-Transfers sei. Es klinge einfach, diesen Transfer in einer akademischen Einrichtung umzusetzen. Dies sei bei einer Berufsakademie insbesondere vor dem Hintergrund der Akkreditierungsbedingungen grundsätzlich gegeben, weil sich die Anpassung durch die beteiligten Unternehmen auch in den Studiengängen wiederfinde. Somit gebe es einen ganz anderen Austausch darüber, welche Bildungsinhalte nötig seien, damit man anschlussfähig bleibe. Hier würde der bekannte Begriff der Employability zum Tragen kommen. Zur möglichen Abwanderung führte sie aus, dass sie diesbezüglich einen Optimismus pflege. Die Regionen sollten so attraktiv sein, dass sich die Frage gar nicht stellen sollte. Aus ihrer Sicht wären Berufsakademien dahingehend eine Bereicherung.

In Bezug auf die Äußerungen der IHK zu Schwerin fragte die Fraktion der CDU nach, ob sich die Flexibilität an den Hochschulen des Landes nicht doch umsetzen lasse und es in diesem Zusammenhang einer Änderung im Rahmen der Hochschulentwicklungsplanung bedürfe, um diese Flexibilität herzustellen. In Schleswig-Holstein gebe es anscheinend diese Flexibilität, wenn nunmehr die Ausbildung an einer dualen Hochschule stattfinde. Daher wollte sie wissen, was der entscheidende Faktor sei.

Die IHK zu Schwerin erwiderte, dass in Schleswig-Holstein die Berufsakademien der Ausgangspunkt gewesen seien und im Laufe der Zeit entschieden worden sei, diese zu einer dualen Hochschule weiterzuentwickeln. Dies sei der entscheidende Faktor. Demzufolge sei die Grundaussage gewesen, dass man dort gute Erfahrungen mit den Berufsakademien gesammelt habe, das Modell gut funktioniere und die Angebote passten und man sich nun weiterentwickle. Dieser Unterbau fehle in Mecklenburg-Vorpommern. Die Hochschulen des Landes seien für die IHK sehr gute Partner im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Dies sei aber nicht in Verbindung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zu bringen, da dies eine andere Auseinandersetzung zum Thema Finanzierung der Hochschulen sei, wo man die Auffassung teile, dass die Hochschulen ertüchtigt werden müssten.

Die Fraktion DIE LINKE stellte in Richtung der IHK zu Rostock fest, dass diese ihre Ablehnung im Wesentlichen damit begründet habe, dass sie andere Prioritäten bei der Stärkung der dualen Ausbildung sehe. Aus der Sicht der Fraktion werde mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine rechtliche Grundlage geschaffen, um Berufsakademien zu bilden. Ob und wie das Angebot angenommen werde, werde sich mit der Zeit zeigen. Demnach würden sich gute Angebote etablieren und bei schlechten Angeboten oder keiner Nachfrage würden diese gar nicht erst eingerichtet. Nach Auffassung der Fraktion sei die duale Ausbildung an anderen Stellen zu stärken. Der Fraktion sei nicht klar geworden, warum sich diese Aspekte entgegenstünden. Sie hat um Konkretisierung gebeten, da aus ihrer Sicht bei einem letztlich privaten Angebot keine Landesressourcen großartig gebunden werden dürften.

Die IHK zu Rostock betonte erneut, dass man der Auffassung sei, dass es keiner weiteren Institution im Land bedürfe. Man sehe darin keine Weiterentwicklung der betrieblichen dualen Ausbildung, weil es dort Qualifizierungswege in der höheren Berufsbildung gebe und weil es bereits die Möglichkeit gebe, duale Studiengänge im Land, so wie man es wolle, zu etablieren. Einen Beleg der entsprechenden Nachfrage gebe es ihrer Kenntnis nach auch nicht. Man habe im Bereich der Überlegungen für eine Tourismusakademie gemerkt, dass der Bedarf eigentlich nicht vorhanden sei und die Bedarfe, die vorhanden seien, auch für höhere Qualifizierungen über Bildungsträger abgedeckt werden könnten, wie die Hochschule in Stralsund, die auch Tourismusstudiengänge anbiete, die allerdings nicht wirklich dual seien. Ein weiterer wesentlicher Punkt sei, dass im Koalitionsvertrag deutlich die Stärkung der beruflichen Bildung stehe, was aus ihrer Sicht mit dem vorliegenden Gesetzentwurf kein Instrument für die Stärkung der dualen betrieblichen Ausbildung darstelle. Dafür müssten andere Optionen geschaffen werden.

Die Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern (VU) hat schriftlich Stellung genommen und von der Teilnahme an der öffentlichen Anhörung abgesehen. Die VU begrüße grundsätzlich die Initiative zur Stärkung der dualen Bildung durch die Einführung eines Berufsakademiesgesetzes. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels in Mecklenburg-Vorpommern sei es dringend erforderlich, die Attraktivität der dualen Ausbildung und praxisorientierter Studienangebote zu erhöhen. Im Gesetzentwurf gebe es erhebliche Herausforderungen, die eine effektive Umsetzung des Gesetzes gefährden könnten. Ein zentrales Problem sei die fehlende klare Abgrenzung der Berufsakademien zu bestehenden Hochschulen und Fachhochschulen. Diese Überschneidungen könnten zu Unklarheiten bei der Akzeptanz der Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt führen. Es müsse vor allem gewährleistet sein, dass die Abschlüsse der Berufsakademien sowohl national als auch international anerkannt würden. Darüber hinaus fehle eine detaillierte Regelung zur finanziellen Ausstattung der Berufsakademien, da ohne eine nachhaltige und ausreichende Finanzierung die Gefahr bestehe, dass diese Institutionen langfristig nicht konkurrenzfähig seien. Dies betreffe sowohl die Finanzierung der Lehrenden als auch die Ausstattung mit moderner Technik. Ein weiterer Kritikpunkt sei die Rolle der Betriebe im dualen Ausbildungssystem, da der Entwurf bisher keine ausreichenden Anreize für Unternehmen biete, sich aktiv an der Ausbildung zu beteiligen. Um die Attraktivität zu steigern, seien steuerliche Erleichterungen oder direkte finanzielle Unterstützungen notwendig. Auch die Zusammenarbeit zwischen Berufsakademien und Unternehmen bedürften klarer Regelungen. Die vage Formulierung im Entwurf könne dazu führen, dass die praktische Ausbildung in Betrieben unzureichend koordiniert werde, was die Qualität der Ausbildung gefährden könne. Die VU fordere vor allem, dass die Wirtschaft stärker in die Entwicklung und Weiterentwicklung der Berufsakademieprogramme eingebunden werde, da nur durch eine enge Abstimmung mit der Praxis Studieninhalte geschaffen werden könnten, die den Anforderungen der Unternehmen gerecht würden und die Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen sicherten. Man erkenne das Potenzial des Gesetzentwurfes, die duale Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern zu stärken. Um jedoch eine erfolgreiche Umsetzung zu gewährleisten, seien Nachbesserungen in den genannten Punkten dringend erforderlich. Die Wirtschaft stehe bereit, sich aktiv in den Prozess einzubringen, um die Berufsakademien zu einem Erfolg zu machen. Die VU könne die Bedenken der IHK zu Rostock dahingehend, dass duale Studiengänge an Berufsakademien nicht die beste Lösung seien und der Trend zum Studium zu einem Mangel an beruflich qualifizierten Fachkräften geführt habe, teilweise nachvollziehen. Dennoch sei davon auszugehen, dass Berufsakademien in Mecklenburg-Vorpommern die bereits bestehende Hochschullandschaft ergänzen würden.

Die duale Ausbildung im Land würde durch neue Angebote im tertiären Bereich komplettiert. Zugleich sollten duale Studienangebote an Fachhochschulen stärker gefördert werden. Ein doppelt qualifizierender dualer Abschluss sei besonders sinnvoll. Stärkeres Augenmerk sollte in diesem Zusammenhang, so wie es die IHK zu Rostock fordere, auf die Anforderungen an das betriebliche Ausbildungspersonal gelegt werden, um die Qualität der dualen Ausbildung nicht zu gefährden. Des Weiteren unterstütze die VU die Stellungnahme der IHK zu Schwerin. So solle vor allem die Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Berufsakademien nicht ausgeschlossen werden, um mögliche bildungspolitische Perspektiven, Aktivitäten und Chancen des Landes nicht unnötig zu verengen. Mit Blick auf die für Mecklenburg-Vorpommern wichtige private Pflegebranche seien grundsätzlich alle Maßnahmen und damit auch Berufsakademien mit dem Angebot eines hochschulischen Pflegestudiums im Sinne der Sicherung von Pflegenachwuchs zu begrüßen. Derzeit existierten in Mecklenburg-Vorpommern mit der Universität Greifswald sowie der Hochschule Neubrandenburg zwei Angebote. Bevor weitere Angebote entwickelt würden, sollten die bestehenden Angebote erst einmal angenommen und in eine entsprechende Auslastung gesteuert werden. Davon ausgehend, dass die Finanzierung des hochschulischen Pflegestudiums über den Pflegeausbildungsfonds abgesichert sei, werde es vermutlich zu einer Zunahme der Studierendenzahlen kommen, dennoch sei nicht davon auszugehen, dass dies zu einer maßgeblichen Verbesserung der personellen Situation in der Pflege beitrage. Wichtig sei die Schaffung von Pflegepädagogik-Studiengängen sowie auskömmlichen Finanzierungsstrukturen für Pflegeschulen, um die berufsständische Ausbildung abzusichern und im besten Fall auszubauen. Aus der Sicht des VU seien diese Maßnahmen bei der Schaffung von Kapazitäten im Rahmen von sogenannten Berufsakademien voranzustellen. Wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern eine Absicherung der Versorgungsstrukturen vorsehe, sei es bei der Pflegeausbildung erforderlich – unabhängig, ob berufsständisch oder hochschulisch – auch private Träger inhaltlich wie finanziell mitzudenken.

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat ebenfalls schriftlich teilgenommen, da eine Teilnahme an der öffentlichen Anhörung nicht ermöglicht werden konnte. Sie führte aus, dass Berufsakademien das Angebot an Studienmöglichkeiten im dualen Bereich erweitern könnten. Es sei unbedingt sicherzustellen, dass ein entsprechendes Angebot nicht zulasten einer wissenschaftlich höherwertigen Ausbildung von Fachkräften an Hochschulen ginge. Bereits jetzt bestehe in vielen Bereichen ein Mangel an hochschulisch gebildeten Fach- und Führungskräften. Insbesondere, wenn Bachelorabschlüsse vergeben werden sollten, sei sicherzustellen, dass die zum Abschluss führende Bildung qualitativ einem entsprechenden Hochschulstudium in nichts nachstehe. Zur Dauer des Aufbaus einer Berufsakademie führte die HRK aus, dass diese in engem Zusammenhang mit den personellen und finanziellen Ressourcen und der Dauer von mit dem Aufbau verbundenen behördlichen Verfahren und Akkreditierungsverfahren stehe. Von einem erfolgreichen, auch mit Qualitätssicherungskonzepten unterfütterten Aufbau könne grundsätzlich erst dann gesprochen werden, wenn die angebotenen Studiengänge mit vier vollen Kohorten bis zum Abschluss durchlaufen worden seien. Qualität und Erfolg der Akademie stiegen mit jedem weiteren Studiengang, weil der interdisziplinäre Kontrast ein wichtiges Element der Qualitätssicherung sei. Das Minimum seien daher zwei Studienprogramme. Um Bachelorstudiengänge anzubieten, die denen einer Hochschule gleichwertig seien, bedürfe es einer Akkreditierung nach den entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften. In solchen Verfahren werde die Frage überprüft, ob eine hinreichende wissenschaftliche Ausrichtung in Struktur und Personalkörper gegeben sei, ebenso ginge es um die Frage der Gleichwertigkeit der Studieninhalte hinsichtlich Umfang und Anspruch.

Im Rahmen des internationalen Systems der Anerkennung von Abschlüssen eröffneten die Bachelorabschlüsse dann gleichsam den Zugang zu Masterstudienprogrammen. Zur Finanzierung führte die HRK aus, dass eine staatliche Finanzierung zwingend auszuschließen sei, da diese zulasten der knappen Grundfinanzierung des Hochschulbereichs ginge. Berufsakademien seien eine Ergänzung der Bildungslandschaft im tertiären Bereich und somit auch für die Gewinnung von Fachkräften relevant. Es sei Sache der Arbeitgeber zu entscheiden, welche Ausbildung bzw. welches Studium zum Anforderungsprofil einer Stelle passe. Es sei sicherzustellen, dass den Abschlüssen eine qualitativ gleichwertige Bildung zugrunde liege, um chancengerechte Bildung auch mit Blick auf einen späteren Berufserfolg sicherzustellen.

2. Wesentliche Ergebnisse der Ausschussberatungen

Das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten erklärte in der 56. Sitzung des Wissenschafts- und Europaausschusses am 17. Oktober 2024 einleitend, dass der vorliegende Gesetzentwurf eine Lücke in der Bildungslandschaft schließen werde. Zielstellung des Gesetzentwurfes sei, die akademische und die praktische Ausbildung zu verbinden. Neben einem theoretischen Ausbildungsteil, der ausschließlich als Studium vorgesehen sei und an der Berufsakademie durchgeführt werde, gebe es einen praktischen Ausbildungsanteil in einem anerkannten Ausbildungsbetrieb. Der Gesetzentwurf ermögliche, das Angebot für ein duales Studium in Mecklenburg-Vorpommern zu erweitern. Die jüngste Expertise des Wissenschaftsrates habe gezeigt, dass sich junge Menschen verstärkt eine Mischung aus praktischer Ausbildung und akademischer Ausbildung wünschten. In der Zulassungsvoraussetzung sei vorgesehen, dass Hochschulzugangsberechtigte das duale Studium absolvieren könnten, wenn sie über einen abgeschlossenen Vertrag zur dualen Ausbildung mit einem Betrieb verfügten. Mit dem Berufsakademiegesetz sollten einheitliche Standards und Zulassungskriterien für Berufsakademien geschaffen werden, damit die privaten Angebote das Qualitätssiegel hätten, staatlich geprüft seien und staatlicher Aufsicht unterlägen. Die Studiengänge seien nach den Vorgaben der Kultusministerkonferenz zu akkreditieren. Zudem erfolge die Lehre zu mindestens 40 Prozent durch hauptberufliche Dozentinnen und Dozenten, deren Einstellungsbedingungen weitestgehend denen der Professorinnen und Professoren nach dem Landeshochschulgesetz entsprächen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragte nach der Ausbildungszeit und der Gleichwertigkeit des Abschlusses zu Hochschulabschlüssen.

Das WKM erklärte, dass das duale Studium mit dem Abschluss Bachelor erfolge und mindestens drei Jahre Ausbildungszeit umfasse. Das Studienangebot sei nach den für den staatlichen Hochschulbereich geltenden Regeln modularisiert und beinhalte ein System von Leistungspunkten, sodass Credit Points in der dualen Ausbildung erreicht werden müssten und der Abschluss durch eine Bachelorarbeit erfolge. Damit werde die Grundlage für die Gleichwertigkeit eines entsprechenden dualen Studiengangs an einer Hochschule geschaffen. Das Ministerium sehe ein Studium an Berufsakademien als eine notwendige und wertvolle Ergänzung zum Studienangebot im Land Mecklenburg-Vorpommern und gehe davon aus, dass dadurch weitere Zielgruppen erschlossen werden könnten. Zudem sei die Möglichkeit, an Berufsakademien zu studieren, vom Wissenschaftsrat analysiert und empfohlen worden, sodass das Land somit auch allen Empfehlungen aus wissenschaftlicher Sicht folge.

Die Fraktion der CDU stellte die Notwendigkeit von Berufsakademien in Mecklenburg-Vorpommern infrage und bat um Auskunft, ob im Gesetzentwurf eine Kollisionsvermeidungsregelung zur Hochschulentwicklungsplanung vorgesehen sei.

Das WKM erwiderte, dass der vorliegende Gesetzentwurf zur Gründung von Berufsakademien als Möglichkeit für eine weitere Form eines Abschlusses zu verstehen sei und somit eine Ergänzung zur bestehenden Hochschullandschaft darstelle. Der Gesetzentwurf sei in engen Absprachen mit den Hochschulen des Landes eingebracht worden. Ebenso würde darauf geachtet, dass es zu keinen Kollisionen in der Hochschulentwicklungsplanung und im Rahmen der Zielvereinbarungen komme.

Die Fraktion der FDP bat um Auskunft, ob das WKM zur Ausgestaltung des Gesetzentwurfes einen Vergleich zu den bereits bestehenden Berufsakademiegesetzen anderer Bundesländer und den entsprechenden Regelungen vorgenommen habe.

Dazu führte das WKM aus, dass es einen bundesweiten Vergleich der bestehenden Modelle von Berufsakademien gegeben habe. Man habe sich vorrangig an norddeutschen Modellen orientiert. Entscheidend für den Gesetzentwurf sei gewesen, dass verbindliche Qualitätsstandards und Zulassungskriterien festgelegt worden seien. So sei beispielsweise als ein Qualitätskriterium vorgesehen, dass die Lehre zumindest zu 40 Prozent von hauptberuflichen Dozentinnen und Dozenten abgebildet werde. Dies sei in anderen Bundesländern nicht unbedingt gegeben. Des Weiteren habe man im Gesetzentwurf insbesondere auf die Gewährleistung der Gleichwertigkeit des Abschlusses an der Berufsakademie mit dem eines Hochschulstudiengangs geachtet unter Einhaltung wissenschaftlicher Standards. Dementsprechend seien Qualitätssicherungsmaßnahmen in Form der Akkreditierung und in Form einer externen und internen Evaluation eingefügt worden.

Daraufhin stellte die Fraktion der FDP die Nachfrage, in welchem Zeitrahmen die Akkreditierung als Berufsakademie erfolgen solle.

Hierzu erklärte das WKM, dass die Entscheidung über den Antrag auf Anerkennung vom Ministerium innerhalb einer Frist von neun Monaten zu erfolgen habe. Diese Frist könne einmal verlängert werden, allerdings müsse die Verlängerung entsprechend begründet sein.

In der 61. Sitzung des Ausschusses am 5. Dezember 2024 hat die Fraktion der CDU im Rahmen der Auswertung der am 28. November 2024 durchgeführten öffentlichen Anhörung festgestellt, dass insbesondere die IHK sehr unterschiedliche und deutliche Aussagen zum Gesetzentwurf getroffen hätten. Für die Fraktion der CDU sei vor allem der Punkt entscheidend, dass die künftigen Berufsakademien nicht im Widerspruch zur Hochschulentwicklungsplanung des Landes stehen sollten. Daher rege die Fraktion an, eine Möglichkeit zur konkreteren Formulierung im Gesetzentwurf zu überlegen. So habe beispielsweise das Saarland eine solche Regelung festgeschrieben, was aus Sicht der Fraktion der CDU auch verfassungsrechtlich an der Grenze der Zulässigkeit sei. Die Fraktion sei abschließend der Meinung, dass das Land jedoch keine Berufsakademie in staatlicher Trägerschaft benötige.

Das WKM erklärte hierzu, dass man den Vorschlag gerne prüfen könne, wies in diesem Zusammenhang aber darauf hin, dass der Gesetzentwurf auch die Möglichkeit vorsehe, private Berufsakademien zu ermöglichen, denen man nicht vorschreiben könne, was sie zu tun oder zu lassen hätten.

Im Zuge des Beratungsverfahrens hat der Wissenschafts- und Europaausschuss das WKM um eine Information zum Ergebnis der durchgeführten Prüfung gemäß der am 30. Juli 2020 in Kraft getretenen „Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen bei Gesetzesinitiativen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften durch die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern“ hinsichtlich möglicher, mit dem Gesetzentwurf verbundener Auswirkungen auf den Zugang zu reglementierten Berufen oder deren Ausübung gebeten.

Hierzu hat das WKM mitgeteilt, dass mit dem Gesetzentwurf auf Drucksache 8/4097 keine Auswirkungen auf den Zugang zu reglementierten Berufen oder deren Ausübung einhergingen. Der Gesetzentwurf regle sowohl die Ermächtigung der Landesregierung, staatliche Berufsakademien durch Rechtsverordnung zu errichten, als auch die staatliche Anerkennung von Berufsakademien nicht staatlicher Träger. Hierdurch werde weder der Zugang zu reglementierten Berufen noch deren Ausübung beschränkt.

Dieses Prüfergebnis hat der Wissenschafts- und Europaausschuss in seiner abschließenden 62. Sitzung am 16. Januar 2025 zur Kenntnis genommen und ihm nicht widersprochen.

Vor dem Hintergrund der im Gesetzentwurf vorgesehenen anonymisierten Datenübermittlung (siehe § 9 Absatz 3 des Gesetzentwurfes) sowie der Vorlage von Anstellungsverträgen und sonstigen Personalunterlagen (siehe § 12 Absatz 4 des Gesetzentwurfes) hat der Wissenschafts- und Europaausschuss gemäß § 23 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI MV) die Möglichkeit der Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gegeben.

Hierzu hat der LfDI MV erklärt, dass sein Haus bereits in der Ressortanhörung Stellung genommen habe und sich im nachfolgenden Austausch mit dem WKM weitestgehend auf die angefragten Regelungen verständigt habe. Demzufolge seien die nachfolgenden Anmerkungen als Vorschläge zur Formulierung zu verstehen.

Zu § 9 Absatz 3 sei die Regelung auf Anregung des LfDI MV aufgenommen worden. Die Übermittlung von Beschäftigendaten sei ein häufig thematisiertes Problem bei der Erbringung von Nachweisen gegenüber staatlichen Stellen in unterschiedlichsten Kontexten. Zwar wäre es aus der Perspektive des Datenschutzes wünschenswert, hier auf die Erhebung von Beschäftigendaten zu verzichten. Im Spannungsfeld zwischen Datenschutz und anderen Interessen des Landes seien es aber häufig private bzw. nicht staatliche Träger, zu deren Lasten die damit verbundene Rechtsunsicherheit gehe und die entweder bei Verstößen gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen erhebliche Bußgelder oder aber den Entzug staatlicher Leistungen im weitesten Sinne zu befürchten habe. Insoweit sei eine klare Regelung zur Verarbeitung personenbezogener Daten vertretbar, soweit es nicht dem politischen Willen entspreche, zur Erfüllung der Zwecke nach § 9 gänzlich auf Beschäftigendaten zu verzichten. Es werde allerdings angeregt im Sinne der Verhältnismäßigkeit folgende Formulierung in Anlehnung an ähnliche landesrechtliche Bestimmungen anzuwenden: „Abweichend von Satz 1 können die vom Akkreditierungsrat anerkannte Einrichtung und die für die Evaluation zuständige Stelle eine Übermittlung pseudonymisierter Daten oder im Einzelfall von Klardaten verlangen, soweit sie begründet darlegen, die Zwecke der Absätze 1 und 2 nicht mit anonymisierten Daten erreichen zu können, und der Übermittlung keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person entgegenstehen.“

Weiterhin führt der LfDI MV zu § 12 Absatz 4 aus, dass auch hier das oben bereits Erläuterte gelte. Soweit das WKM die Zustimmung tatsächlich nach einer erfolgten Prüfung der Geeignetheit der Dozentinnen und Dozenten erteilen sollte, sei hierfür die Übersendung von Personalunterlagen erforderlich. Insoweit sei die Regelung als Klarstellung grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings erscheine der Begriff der „sonstigen Personalunterlagen“ zu unbestimmt. Vorzugswürdig erscheine es hier, die zu übermittelnden Unterlagen auf die erforderlichen Nachweise nach § 12 Absatz 2 zu beschränken.

Diese Stellungnahme hat der Ausschuss in seiner abschließenden 62. Sitzung am 16. Januar 2025 zur Kenntnis genommen und ihr nicht widersprochen.

3. Zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes

Zu § 1

Die Fraktion der AfD hat beantragt, dem § 1 folgenden Absatz 2 anzufügen:

„(2) Berufsakademien müssen mindestens zwei Studiengänge in Präsenzform in Mecklenburg-Vorpommern anbieten oder in ihrer Ausbauplanung vorsehen, ein solches Studienangebot innerhalb von zwei Jahren nach der staatlichen Anerkennung in Mecklenburg-Vorpommern anzubieten. Die inhaltliche Ausrichtung der Studiengänge in Mecklenburg-Vorpommern darf dabei der Hochschulentwicklungsplanung nicht entgegenstehen.“

Zur Begründung führte die Fraktion der AfD aus, dass Berufsakademien der Hochschulentwicklungsplanung nicht entgegenstehen sollten. Darüber hinaus sehe der Änderungsantrag eine Konkretisierung dahingehend vor, dass zwei Präsenzstudiengänge verpflichtend vorzuhalten seien oder innerhalb von zwei Jahren erkennbar sein solle, dass solche Studiengänge geplant seien.

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat den Änderungsantrag der Fraktion der AfD mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion der FDP mehrheitlich abgelehnt.

Die Fraktion der CDU hat beantragt, § 1 wie folgt zu fassen:

**„§ 1
Begriff und Aufgaben**

(1) Berufsakademien im Sinne dieses Gesetzes sind dem tertiären Bildungsbereich angehörende Einrichtungen, die eine zugleich praxisorientierte und wissenschaftsbezogene Ausbildung (duale Ausbildung) vermitteln. Sie erfüllen ihre Aufgabe im Zusammenwirken mit betrieblichen Ausbildungsstätten. Berufsakademien sind Einrichtungen nicht staatlicher Träger.

(2) Berufsakademien müssen mindestens zwei Studiengänge in Präsenzform in Mecklenburg-Vorpommern anbieten oder in ihrer Ausbauplanung vorsehen, ein solches Studienangebot innerhalb von zwei Jahren nach der staatlichen Anerkennung in Mecklenburg-Vorpommern anzubieten. Diese müssen jeweils eine fachlich angemessene Breite umfassen. Die inhaltliche Ausrichtung der Studiengänge der Berufsakademien in Mecklenburg-Vorpommern darf der Hochschulentwicklungsplanung nicht entgegenstehen.“

Antragsbegründend führte die Fraktion der CDU aus, dass von Beginn an die Intention gewesen sei, dass keine staatlichen Berufsakademien errichtet werden, da diese als deutliche Konkurrenz zur Hochschullandschaft des Landes gesehen werden. Die Errichtung von Berufsakademien solle der Hochschulentwicklungsplanung nicht entgegenstehen.

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat den Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung seitens der Fraktion der AfD sowie bei Abwesenheit der Fraktion der FDP mehrheitlich abgelehnt.

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat dem unveränderten § 1 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und DIE LINKE bei Enthaltung seitens der Fraktionen der AfD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der FDP einvernehmlich zugestimmt.

Zu § 2

Die Fraktion der CDU hat Folgendes beantragt:

„1. § 2 wird aufgehoben.

2. Die bisherigen §§ 3 bis 19 werden die §§ 2 bis 18.“

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat den Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und DIE LINKE bei Gegenstimme der Fraktion der CDU und bei Enthaltung seitens der Fraktionen der AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der FDP mehrheitlich abgelehnt.

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat dem unveränderten § 2 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und DIE LINKE gegen die Stimme der Fraktion der CDU und bei Enthaltung seitens der Fraktionen der AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der FDP mehrheitlich zugestimmt.

Zu den §§ 3 bis 19

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat den unveränderten §§ 3 bis 19 des Gesetzesentwurfes mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, AfD und DIE LINKE bei Enthaltung seitens der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der FDP einvernehmlich zugestimmt.

Zum Gesetzentwurf insgesamt

Der Wissenschafts- und Europaausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und DIE LINKE bei Enthaltung seitens der Fraktionen der AfD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abwesenheit der Fraktion der FDP einvernehmlich beschlossen, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 8/4097 unverändert anzunehmen.

Schwerin, den 16. Januar 2025

Paul-Joachim Timm
Berichterstatter